

KARL-HEINZ GRÄFE

## Von der A sternrevolution zur Räterepublik. Ungarn 1918/19

Im Gefolge des Ersten Weltkrieges reifte in der ungarischen Reichshälfte der Habsburger Doppelmonarchie eine revolutionäre Situation heran, die Ende Oktober 1918 in eine Revolution überging. Sie endete Anfang August 1919 durch das Zusammenspiel von äußerer und innerer Konterrevolution. Ihr historischer Platz wird kontrovers beurteilt.<sup>1</sup> R. Pipes behauptet, daß die Räteregierung »kaum für die ungarische Bevölkerung repräsentativ gewesen« sei, weil 18 der insgesamt 26 Kommissare Juden waren. Er beschuldigt die ungarischen Kommunisten, den »nationalistischen Extremisten in die Hände gespielt« und die »blutigen Judenpogrome« verursacht zu haben.<sup>2</sup> Das »Schwarzbuch des Kommunismus« unterstellt, die Räterepublik sei »der erste Fall, in dem die Bolschewiki ihre Revolution exportieren konnten«.<sup>3</sup> Der Terror der sog. Leninbuben des Matrosen József Cserny (sie hätten 80 der 129 Toten der Rätewacht zu verantworten) sei das Charakteristische für die 133 Tage Räteherrschaft gewesen; kein Wort über den weißen Massenterror – die 5 000 Ermordeten, die 70 000 Eingekerkerten, die 100 000 aus dem Lande Vertriebenen! Nach P. Lendvai war die Lüge vom »Dolchstoß« der Revolutionäre in den Rücken des ungarischen Volkes »von ungeheurer Bedeutung für die Dynamik des ungarischen Antisemitismus der Zwischenkriegszeit. ... Der Jude war jetzt nicht mehr nur der von Gott Verdammte, der Wucherer, der Preistreiber, sondern der Todfeind der ungarischen Nation schlechthin.«<sup>4</sup> Die Ermordung von einer halben Million ungarischer Juden 25 Jahre nach der Niederschlagung der Revolution war zwar ein Ergebnis nazideutscher Genozidpolitik, erfolgte aber mit Unterstützung des faschistischen Regimes unter dem Großgrundbesitzer Miklós Horthy de Nagybánya (1919-1945).

In ihren Urteilen über die Räterepublik und ihre führenden Persönlichkeiten war die Historiographie der ehemaligen Ostblock-Staaten maßgeblich vom Schicksal beeinflußt, das herausragende ungarische Revolutionäre und Theoretiker während des Großen Terrors in der UdSSR erlitten.<sup>5</sup> Anliegen der vorliegenden Untersuchung ist, die inneren Bedingungen wie die internationalen Einflüsse des einheitlichen, in sich dennoch differenzierten Revolutionsvorganges in historischer Kontinuität und Differenziertheit aufzuhellen; dabei werden Handlungen, Wandlungen und Wirkungen wichtiger Akteure in Erinnerung gerufen.

### *Die »A sternrevolution« 1918*

Etwa die Hälfte der 18,2 Millionen Menschen des Königreichs Ungarn gehörte zur staatstragenden magyarischen Nation; die größten

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Historiker, Prof. Dr., Arbeitsgebiete: Geschichte der UdSSR und Osteuropas. Zuletzt in UTOPIE kreativ: 1953: die Krise des Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa, in: Heft 152 (September 2003).

1 Vgl. Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1962, Berlin 1983; András Siklós: Ungarn 1918/1919. Ereignisse, Bilder, Dokumente, Budapest 1979; András Mihályhagy: Die ungarische Räterepublik im Spannungsfeld zwischen Weltrevolution und nationalen Egoismen, Bochum 1975; Ivan Völgys (Hg.): Ungary in Revolution 1918-1919, Lincoln/Neb. 1971; Koczó, Margit: Die ungarische Räterepublik (21. März - 1. August 1919), Wien 1969; György Bor-sányi: The life of a commu-

nist revolutionary Béla Kun, New York 1993; I. M. Grančák, M. F. Lebovič: Béla Kun, Moskva 1975; Viktor Israeljan: 133 geroičeskich dnja. Vengerskaja Sovetskaja Respublika 1919g, Moskva 1959. Unverzichtbar für die Beurteilung der Ereignisse sind Erinnerungen von Akteuren wie Ernst Bettelheim: Zur Krise der Kommunistischen Partei Ungarns, Wien 1922; Wilhelm Böhm: Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen, München 1923; Ders.: Entstehung und Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik, Wien 1919; Michael Graf Károlyi: Gegen eine ganze Welt. Mein Kampf um den Frieden, München 1925; Mihályne Károlyi: Aufbruch ohne Wiederkehr. Die Lebenserinnerungen einer ungewöhnlichen Frau, Oldenburg/Hamburg 1967; Oszkár Jászi: Magyarians Schuld – Ungarns Sühne. Revolution und Gegenrevolution in Ungarn, München 1923; Béla Kun: O vengerskoj Sovetskoi Respublike, Moskva 1966; László Rudas: Abenteuer- und Liquidatorentum, Wien 1922; Tibor Szamuely: Alarm. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1919.

2 Richard Pipes: Die Russische Revolution, Bd. 3, Berlin 1993, S. 281 und 283.

3 Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 1998, S. 300 ff.

4 Paul Lendvai: Die Ungarn. Ein Jahrtausend Sieger in Niederlagen, München 1999, S. 423.

nationalen Minderheiten bildeten Rumänen, Deutsche, Slowaken, Serbokroaten und Ruthenen (16, 10, 10, 4 und 3 Prozent). Zur jüdischen Bevölkerung zählten 910 000 Personen, von denen sich 700 000 als Ungarn verstanden. Zwischen 1867 und 1914 lag das jährliche Wirtschaftswachstum mit 3,2 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Der Anteil von Industrie und Bergbau an der Wirtschaft stieg von 18,4 auf 30,4 Prozent. Ungarn erzeugt ein Drittel der industriellen und die Hälfte der landwirtschaftlichen Produktion des Kaiserreichs. Budapest, die fünftgrößte europäische Metropole, war das Industrie-, Finanz- und Kulturzentrum Ungarns. Hier befanden sich 60 Prozent aller Großbetriebe; 28 Prozent aller Fabrikarbeiter lebten hier. Ein Fünftel der Hauptstädter waren Juden.<sup>6</sup> Der Staat unterstützte zwar die Tätigkeit von 30 000 Geistlichen, vernachlässigte aber das Bildungs- und Gesundheitswesen. In einem Land mit zwei Millionen Geschlechtskranken, einer halben Million an Tuberkulose Leidenden und 55 600 geistig Behinderten gab es nur 5 800 Ärzte. Jeder dritte Bürger über sechs Jahre konnte weder lesen noch schreiben. Nur die Hälfte der Geborenen erreichte das fünfte Lebensjahr. Von der erwachsenen Bevölkerung ab 21 Jahre besaßen nur 12 Prozent das Wahlrecht. In Europas größtem Parlamentsgebäude versammelten sich 413 Abgeordnete, darunter nur fünf Vertreter nichtungarischer Völker, zwei Bauern und kein Arbeiter.

Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse waren im Agrarsektor von halbfeudalen Strukturen überlagert. Von den 23,9 Millionen ha landwirtschaftlicher Fläche entfielen 7,6 Millionen ha auf 2,5 Millionen Betriebe bis 20 ha; 1,5 Millionen davon waren Zwerg- und Kleinbauernwirtschaften, deren Familien (insgesamt 6 Millionen Personen) sich nicht allein von ihrer Scholle ernähren konnten. 71 000 Großgrundbesitzer (einschließlich Angehörige 0,3 Prozent der Bevölkerung) besaßen ein Drittel des Landes.<sup>7</sup> Auf Latifundien arbeiteten 1,8 Millionen mehrheitlich magyarische Landarbeiter (mit Angehörigen 4,4 Millionen). Die Kaufmanns-, Industriellen- und Bankiersfamilien (66 549 Personen) waren mit dem Adel ökonomisch und familiär liiert.<sup>8</sup> Die Mittelschichten (Mittel- und Großbauern, Gewerbetreibende, Hausbesitzer, Beamte, Freiberufler) zählten 4,5 Millionen Personen. Kern der städtischen Arbeiterklasse (mit Angehörigen 3,4 Millionen Personen) war das Industrieproletariat (1,9 Millionen) zumeist ungarischer, deutscher, slowakischer und rumänischer Herkunft (63, 16, 10 und 5 Prozent).

Mit dem Proletariat war um die Jahrhundertwende eine Kraft entstanden, die die gesellschaftlichen Zustände verändern konnte: Organisiert war es in 28 landesweiten Branchenverbänden der Gewerkschaft und in der mit ihnen politisch eng verbundenen, 1890 gegründeten Sozialdemokratischen Partei Ungarns Magyarországi Szociáldemokrata Párt (MSzDP), die mit »Nepszava« (Volkswort) über eine wirksame Tageszeitung und daneben über das theoretische Organ »Szocializmus« verfügte. Von den 107 000 organisierten Gewerkschaftern waren 72 700 Parteimitglieder (1913). Die MSzDP erkannte in ihrem Parteiprogramm von 1903 das »Bestreben nach Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel als einzigen Weg zur Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung« und forderte, den weltlichen und geistlichen Großgrundbesitz, die Industrie,

Bergwerke, Banken und Verkehrsmittel in Gemeineigentum zu überführen.<sup>9</sup> An der Spitze der Partei standen der Buchbinder Manó Buchinger (1875-1963), der Steinmetz Deszö Bokányi (1871-1940), der Mechaniker Ernő Garami (1876-1935), der Tischler Jakob Weltner (1873-1936), der Lehrer Dr. Szigmond Kunfi (1879-1929), der Maurer Sándor Garbai (1879-1947) und der Techniker Vilmos Böhm (1880-1949). Eine wichtige Rolle spielten Gewerkschaftsfunktionäre der Zentrale wie die Drucker Gyula Peidl (1873-1943) und Samu Jászai (1859-1927), der Tapezierer Sándor Propper (1877-1956), aber auch die Führer der Branchengewerkschaften.<sup>10</sup> Weitere einflußreiche Parteiführer waren der Buchbinder Deszö Biró (1880-1932), der Drucker Mór Erdélyi (1877-1929), der Schuhmacher István Farkas (1869-1944), der Schlosser Ferenc Miákits (1876-1924), der Schriftsteller Dr. József Pogány (1886-1938), der Ökonom Dr. Jenő Varga (1879-1964), der Jurist Dr. Zoltán Rónai (1880-1940).

Der herausragende marxistische Theoretiker Ervin Szabó (1877-1918), von Beruf Jurist, brach mit der rechten Führung der MSzDP. Oppositionelle wie der Journalist Gyula Alpári (1882-1942), der Landarbeiter István Várkonyi (1852-1918) oder Graf Ervin Batthány wurden aus der MSzDP ausgeschlossen. Während der Revolution rückte eine Reihe regionaler Führer in das Zentrum wie der Journalist Béla Kun (1886-1939) und Dr. Sándor Vincze aus Kolozsvár, der Zimmermann Károly Vántus (1897-1927) aus Nagyvárad, der Stahlwerker Reszö Fiedler (1891-?) aus Arad und der Arzt Dr. Jenő Hamburger (1883-1936) aus Nagykanizsa.

Zu den Gegensätzen zwischen den proletarisch-bäuerlichen Unterschichten einerseits und den Landmagnaten, Finanz- und Industri oligarchen andererseits kamen Konflikte zwischen Magyaren und den nationalen Minderheiten sowie Machtkämpfe unter den Eliten von Budapest und Wien. Im Ringen um eine Beendigung des Krieges, um die Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie, um eine Bodenreform, um nationale Unabhängigkeit sowie um den Ausgleich zwischen den in Ungarn lebenden Völkern profilierten sich zwei linksbürgerliche Strömungen: die im Juli 1916 von dem Magnaten Graf Mihály Károlyi (1875-1955) geführte »Függetlenségi es 48-as Párt« (»Unabhängigkeits- und 48er Partei« – FP) sowie die von dem Soziologen Dr. Oszkár Jászi (1875-1957) und dem Juristen Pál Szende im Juni 1914 gegründete »Országos Polgári Radikális Párt« (»Bürgerlich-Radikale Landespartei« – OPRP). Keimzellen der letzteren waren die Zeitschrift »Zwanzigstes Jahrhundert« (1900), die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft (1901), die Freimaurerloge »Martinovic« und der »Galilei-Kreis« (1908-1918).<sup>11</sup>

Der Erste Weltkrieg trieb die politischen, sozialökonomischen und nationalen Konflikte zur revolutionären Situation, die – ähnlich wie in Rußland, Deutschland und in der österreichischen Reichshälfte – im Herbst 1918 in Ungarn in eine bürgerlich-demokratische Revolution umschlug. Anfang 1917 waren von den 3,8 Millionen Frontsoldaten 600 000 gefallen, 81 000 desertiert, 750 000 schwer verletzt und ebenso viele in Gefangenschaft geraten. Das ohnehin niedrige Einkommen der Vorkriegszeit schrumpfte bei den Facharbeitern um die Hälfte, bei den Tagelöhnern auf 40 Prozent. Die Brotationen pro Person wurden von Januar bis Juni 1918 von 100 auf 50 g herabge-

5 Unter dem Stalinregime wurden sozialdemokratische und kommunistische Rätekommissare und die meisten Gründungsmitglieder der KP Ungarns ermordet (Béla Kun, Ferenc Bajáki, Deszö Bokányi, Reszö Fiedler, József Haubrich, József Kellen, József Pogány, Ernő Seidler, Béla Székely, Béla Vágó; Béla Biró, F. László Borros, Ede Chlepkó, Armin Helfgott, Ferenc Jancsik, Frigyes Karikás, Gyula Lengyel, Lajos Kiss, Ernő Pór, József Rabinovič, Ottó Steinbrück) oder überlebten das GULAG (József Lengyel, Ferenc Boer, Hugó Kiss, László Pollacsek, Árpád Szabados, Gyula Szabó, Nandor Szekér, Deszö Szilágyi). Wissenschaftler von Welttrang wie die Rätekommissare György Lukács oder Jenő Varga waren Verfolgungen und Demütigungen ausgesetzt, bewahrten sich aber ihren kritischen Geist gegenüber der eigenen Bewegung auch nach 1945. Vgl. G. Borsányi: *The life*, S. 451 ff; G. Duda: *Jenő Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik 1921-1970*, Berlin 1994; István Hermann: *Georg Lukács. Sein Leben und Wirken*, Wien 1985.

6 Zur sozialen und nationalen Struktur Ungarns vgl. Péter Hanák: *Ungarn in der Donaumonarchie*, Budapest 1984; Rochus Door: *Neu-este Geschichte Ungarns*, Berlin 1983.

7 Zu den 184 Familien des Hochadels über 6 000 ha zählten u. a. die des Grafen Móric Esterházy (300 000 ha, 700 Dörfer, 21 Schlösser), des ungarischen Ministerpräsidenten (1903/1905 und 1913/1917) Graf István Tisza (86 500 ha) oder die

des »roten« Grafen Mihály Károlyi (30 000 ha, Heilbad bei Parad, Stadtpalais in Budapest).

8 Aus dem Kreis der 346 in den Adelsstand erhebenen jüdischen Familien waren u. a. Ferenc Chorin (1901 Präsident des Landesverbandes der Industriellen, Kontrolle über 40 Prozent der Kohleförderung), Baron Zsigmond Kornfeld (Präsident der Budapester Börse und der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank), sein Sohn Móric (Präsident des Verbandes der Eisenbahn- und Maschinenindustrie, Generaldirektor der Maschinenbaufirma Ganz-Danubius), die Familiendynastien der Weisz in Csepel (Rüstungsfabriken) oder der Deutsch aus Hatvan (Mühlenbau, Zuckerindustrie, Banken). Auch der Vater von György Lukács, József, war ein bedeutender Vertreter des Finanzkapitals (Generaldirektor der Englisch-österreichischen Bank und der Kreditbank)

9 Zitiert nach Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung, S. 40

10 Der Metallarbeiter – Schlosser Ferenc Bajáki (1883-?), Stahlarbeiter Antal Dovcsák (1879-1962) und Eisengießer József Haubrich (1883-?); der Bergarbeiter – Schlosser Károly Peyer (1881-1956); der Eisenbahner – Anwalt Dr. Jenő Landler (1875-1936) und Schlosser János Vanczák (1870-1932); der Agrarproletarier – Landarbeiter György Nyisztor (1869-1956); der Drucker – Setzer Mór Preuzs (1883-1944) und Ignác Bogár (1876-1933); der Heizer – Ignác Seller; der Angestellte – Béla Vágó (1891-1939).

setzt. Die Dividenden des Großkapitals stiegen – allein im Bergbau von 1916 bis 1917 um 38 Prozent.

Anfänglich lag das Hauptfeld des Kampfes gegen das Kriegsregime auf dem Wahlrechtskampf. Für dieses Ziel vereinten sich 1917 die jüdisch-liberale »Polgári Demokrata Párt« (»Bürgerliche Demokratische Partei« – PDP), die FP, die OPRP und die MSzDP zum Wahlrechtsblock. Angesichts der absehbaren Kriegsniederlage sah sich der Wiener Hof gezwungen, den verhaßten ungarischen Ministerpräsidenten Graf István Tisza durch Sándor Wekerle auszuwechseln. Der Krieg hatte die Lage der Bevölkerung gravierend verändert, denn »das zunehmende Elend und die Hungersnot, die Selbstsucht und Engherzigkeit der herrschenden Klasse, die zwar Millionen an die Front schickte, doch selbst kämpfenden Soldaten keine politischen Rechte zubilligen wollte, ließ in Millionen Seelen Erbitterung, Haß und Zorn wachsen.«<sup>12</sup> Die Gewerkschaften erfuhren Zulauf (1917: 215 000 Mitglieder), die Linke in der MSzDP erstarkte.<sup>13</sup> Mitglieder des Galilei-Kreises und syndikalistische Arbeiter gründeten unter dem Einfluß Szabós im Herbst 1917 die Gruppe der Revolutionären Sozialisten.<sup>14</sup> Zur Linken gehörte auch der »Sonntags-Kreis« (1915-1918) um den Philosophen Dr. György Lukács und den Dichter Béla Balázs.<sup>15</sup> Sándor Garbai, der spätere Vorsitzende der Räteregierung, reflektierte am 25. November 1917 den Linksruck und den »russischen Faktor« in der Sozialdemokratie: »Die angeheizte Lokomotive der Revolution ist von Petrograd abgefahren. Wir wissen nicht, wann sie ankommt, aber es wird Aufgabe jeder sozialdemokratischen Partei sein, an diese Lokomotive ihren eigenen großen Waggon anzukoppeln. Die bourgeoise Gesellschaft fühlt, daß es sich hier nicht nur um eine bürgerliche, sondern auch um eine soziale Revolution handeln wird.«<sup>16</sup>

Die Forderungen nach Frieden, Bodenreform, Nationalisierung und Rätewahl standen nun im Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Die revolutionäre Krise in Mitteleuropa zwang die Herrschenden, kooperationswillige Sozialdemokraten in die Regierungen einzubinden. Auf dem MSzDP-Parteitag am 13. Oktober 1917 begründete Szigmond Kunfi, damals der einflußreichste Führer der ungarischen Sozialdemokratie, den Kurs auf Regierungsbeteiligungen: Die Sozialdemokratie müsse mit den bürgerlichen Parteien koalieren, da ihr die Kraft fehle, den russischen Weg zur Rätewahl zu gehen. Nichtsdestoweniger forderte die linke Minderheit um József Pogány »als organisatorische Basis einer eigenständigen proletarischen Politik« den Aufbau von Arbeiterräten.<sup>17</sup>

Die Führer der MSzDP, der FP und der OPRP wagten erst nach dem Rücktritt von Wekerle, am 25. Oktober 1918 den Ungarischen Nationalrat zu gründen<sup>18</sup> und ihr gemeinsames Programm, das sogenannte Zwölfpunkteprogramm, zu veröffentlichen<sup>19</sup>. Als Kaiser Karl I. (als König von Ungarn Karl IV.) am 27. Oktober 1918 Graf János Hadik zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannte, forderten Hunderttausende Budapester vor dem Schloß und vor dem Parlament, in Betrieben und Einrichtungen die Ernennung des Vorsitzenden des Ungarischen Nationalrats, Graf M. Károlyi, zum Regierungschef. Der Soldatenrat, dem die Budapester Garnison unterstand, ließ Bahnhöfe, Telefonzentrale, Banken, Brücken, Post und

Militärdepot besetzen. Soldaten und Matrosen entwaffneten Offiziere, befreiten politische Gefangene. Militärs rissen sich ihre Rangabzeichen ab, steckten als Zeichen des Sieges weiße Asterne an die Uniformen und in die Gewehrläufe.

Das veranlaßte Wien, am 31. Oktober 1918 den 43jährigen »roten Grafen« mit der Kabinettsbildung zu betrauen, wodurch der Übergang zur bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung<sup>20</sup> friedlich verlief.<sup>21</sup> Den Vorsitz des am 2. November 1918 gewählten Zentralen Budapester Arbeiterrates übernahmen die rechten Führer der Gewerkschaften der Drucker (Mór Preusz) und der Eisenbahner (János Vanczák); von den linken Sozialdemokraten waren Dr. Jenő Landler und György Nieysztor (Landarbeitergewerkschaft) vertreten. Einen Tag später wurde Pogány zum Vorsitzenden des Zentralen Budapester Soldatenrates gewählt. Am 16. November 1918 übertrugen unter dem Druck der Straße die vor dem Krieg »gewählten« Abgeordneten des ungarischen Scheinparlaments die oberste Staatsgewalt auf die Károlyi-Regierung, welche sogleich die Volksrepublik Ungarn ausrief und die 400jährige Herrschaft der Habsburger für beendet erklärte.

#### *War der Übergang zur Räterepublik ein sowjetischer Export?*

Am 13. November 1918 hatte die Revolutionsregierung mit dem Oberkommandierenden der französischen Balkanarmee, Marschall Louis Franchet d'Esperey, Waffenstillstand geschlossen. Kabinettsmitglied Jászi, ein Theoretiker auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik, unternahm gegen den Widerstand der rechtskonservativen Minister der FP alles, um den ungarischen Staat nach Schweizer Muster in eine »Föderation der ungarländischen Nationen« umzuwandeln. Das wünschten auch magyarophile Slowaken, Deutsche, Ukrainer, Serben und Rumänen. Doch rumänische, tschechische und serbische Truppen okkupierten bis Januar 1919, unterstützt von Paris, die multiethnischen Regionen Siebenbürgen, Oberungarn und das Vajdasag. Nur die ukrainisch-ungarische Karpatoukraine und das deutsch-magyarische Westungarn verblieben als autonome Gebiete in der Republik.<sup>22</sup>

Sowohl die innere Konterrevolution als auch die Politik der Entente erschwerten die Umsetzung des Zwölfpunktesprogramms der Regierungskoalition. Kriegsminister Albert Bartha gab später offen zu: »Ich wollte die gleiche Organisation schaffen, die später in Deutschland Noske aufstellte, mit der er die Spartakusbewegung niederwarf. Ich konnte die Verfügung nur auf eigene Verantwortung treffen, mußte sie sogar vor der Regierung verheimlichen.«<sup>23</sup> Er ordnete den Aufbau einer schwerbewaffneten konterrevolutionären »Alarmgruppe« an. Als er die revolutionäre Budapester Garnison auflösen wollte, erzwangen 8 000 Matrosen und Soldaten, unterstützt vom Zentralen Budapester Soldatenrat, am 12. Dezember 1918 seinen Rücktritt. Károlyis Schwager Graf Sándor Festetics, der ihm im Amte folgte, setzte diese Politik fort. Auch andere Minister des rechten Flügels der FP, Graf Tivadar Batthány und Marton Lovászy, die versuchten, Ententetruppen zum Abbremsen der Revolution nach Budapest zu rufen, mußten demissionieren. Zur gleichen Zeit sammelten sich Offiziere unter dem Generalstabsoffizier Gyula Gömbös

11 Vgl. János Hauszmann: Bürgerlicher Radikalismus und demokratisches Denken in Ungarn des 20. Jahrhunderts. Der Jászi-Kreis um »Huszadik Szazad« (1900-1949), Frankfurt am Main 1988; Holger Fischer: Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, München 1978. Mitglieder der Budapester Freimaurerloge waren u. a. Graf M. Károlyi, Radikale wie Oszkár Jászi und Pál Szende sowie die Sozialdemokraten Pogány, Kunfi und Rónai.

12 Wilhelm Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 29.

13 Zum linken Flügel der MSZDP gehörten u. a. die Führer einiger Branchengewerkschaften (Landler, Nieysztor, Vágó, Bajáki, Sella) sowie Vertrauensleute aus Großbetrieben wie der Stahlarbeiter Reszö Fiedler, der Bronzeschmied Antal Mosolygó, die Angestellten Ede Chlepkó und József Mikulík.

14 Zu ihren Führern gehörten die Studenten Ilona Duczynska und Tivadar Sugar, die Angestellten Ottó Korvin (1894-1919), János Lékai (1895-1925) und Imre Sallai (1897-1932), die Ingenieursgruppe um Ármin Helfgott (1878-?), Gyula Hevesi (1890-1970) und József Kelen (1892-1939), die Schriftsteller um die Zeitschrift »Ma«: Lajos Kaszák (1887-1967), György Bölöni (1882-1959), József Revai (1898-1959) und József Lengyel (1896-1975) und Aladar Komjat.

15 In diesem Intellektuellenclub wirkten u. a. der Philosoph Béla Fogarasi (1891-1959), die Kunstkritiker Lajos Fülep (1885-1970) und Frigyes Antal (1887-1954), die Soziologen

Arnold Hauser (1882-1978) und Károly Mannheim (1892-1914), Dichterin Anna Lezna (1885-1966), der Schriftsteller Ervin Sinkó (1898-1967), die Musiker Béla Bartók (1881-1945) und Zoltán Kodály (1882-1967). Vgl. Eva Karadi, Erzebet Vezer (Hrsg.): Georg Lukács, Karl Mannheim und der Sonntagskreis, Frankfurt am Main 1985.

16 Zitiert nach Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung, S. 107 f.

17 Zitiert nach ebenda, S. 125 f.

18 Zum Exekutivkomitee des Nationalrates, das im Hotel Astoria quartierte, gehörten sechs Károlyisten, je fünf Sozialdemokraten (Garami, Garbai, Kunfi, Weltner, Böhm) und Pressevertreter, die Radikalen Oszkár Jászi und Pál Szende, die Feministin Rosza Schwimmer.

19 Aus dem Zwölfpunkteprogramm des Ungarischen Nationalrates vom 25. Oktober 1918: I. Das gegenwärtige parlamentarische und Regierungssystem ist abzuschaffen. II. Die volle Unabhängigkeit Ungarns ist sicherzustellen. III. Der ... aussichtslos gewordene Krieg ist sofort zu beenden. IV. Das allgemeine, gleiche, geheime, das Frauenstimmrecht umfassende Wahlrecht ist unverzüglich zum Gesetz zu erheben. V. Das Selbstbestimmungsrecht ist allen Völkern des Landes ... sofort zu gewährleisten. VI. Die Freiheit der Versammlung und Vereinigung ..., die Preß-Gewissensfreiheit ist gesetzlich zu sichern. VII. Eine allgemeine Amnestie ist allen zu ertei-

de Jakfa in den rechtsextremen Organisationen »Ungarische Landesverteidigung« und »Erwachendes Ungarn«. Der siebenbürgische Magnat Graf István Bethlen vereinte Rechtskonservative in der »Partei der Nationalen Einigung«.

Da die meisten bürgerlichen Minister die Konterrevolution unterstützten und die versprochenen sozialökonomischen Reformen hinausögerten, teilten Bauern eigenmächtig Magnatenland auf, verschafften sich Arbeiter Waffen und kontrollierten Betriebe. Auch die 700 000 aus der Kriegsgefangenschaft Entlassenen, die 100 000 Arbeitslosen, die 260 000 Invaliden sowie die aus den besetzten Gebieten Geflüchteten erwarteten mehr von der Revolution.

Das Weitertreiben der »Asterrevolution« wurde nicht zuletzt durch den »russischen Faktor« und die Gründung der Kommunistischen Partei Ungarns (Kommunisták Magyarországi Pártja – KMP) begünstigt. Schon im März 1918 war innerhalb der KPR(B) Lenins eine Sektion kriegsgefangener Ungarn unter dem Journalisten Kun entstanden. Das am 4. November 1918 in Moskau gebildete ZK der KMP forderte die ungarischen Kommunisten zur Rückkehr in die Heimat auf. Eine Woche nach seiner Ankunft in Budapest gründete der Lenin-Vertraute Kun am 24. November 1918 die neue Partei. Ihrem ZK gehörten nicht nur die leitenden Kommunisten der ungarischen Sektion der KPR(B) Kun, Vántus, Fiedler, der Journalist Tibor Szamuely (1890-1919), die Angestellten Ferenc Jancsik (1882-?), Ernő Pór (1899-?) und Ernő Seidler (1886-?) und der Goldschmied József Rabinovičs (1884-?) an, sondern auch linke Sozialdemokraten: die Angestellten Ede Chlepkó (1883-?), Béla Szántó (1881-1951) und Béla Vágó (1881-1939), der Anwalt Jenő László (1878-1919), der Journalist László Rudas (1885-1950), der Bauarbeiter János Hirossik. Daneben waren im ZK auch Revolutionäre Sozialisten vertreten: die Angestellten Ottó Korvin (1894-1919) und József Mikulik (1889-1933), der Schriftsteller József Lengyel (1896-1975), die Ingenieure Gyula Hevesi (1890-1970), Ármin Helfgott (1878-?) und József Kelen (1892-1939). Lukács vom intellektuellen Sonntagskreis kam am Jahresende hinzu. Die MPK faßte in allen Komitaten Fuß und zählte bis Jahresende etwa 35 000 Mitglieder. Dank finanzieller Hilfe aus Moskau konnte deren Zeitung »Vörös Ujság« (Rote Fahne) am 7. Dezember 1918 erstmalig erscheinen. Mit ihren Forderungen nach sozialer und nationaler Gerechtigkeit, nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und des Großgrundbesitzes traf die MPK den Nerv der Massen und gewann Einfluß in den Arbeiter-, Betriebs- und Soldatenräten, in den Verbänden der Arbeiterjugend (János Lécai), der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden, der demobilisierten Soldaten sowie in den Gewerkschaften (1918: 1,4 Millionen Mitglieder).

Die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition hielt dagegen. Allein im November 1918 wurden im Gebiet zwischen Mur und Drau 200 rebellierende Bauern ermordet. Als am 3. Januar 1919 die Bergarbeiter und Soldaten der Garnison von Salgótarján die Gruben besetzten, verhängte der dorthin entsandte Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft Károly Peyer das Standrecht; er ließ 16 Menschen erschießen und 50 verhaften. Mehr und mehr Arbeiter und Bauern kehrten daraufhin der Sozialdemokratie, die diese Politik mittrug, den Rücken und sympathisierten mit den Kommunisten.

Am 8. Januar 1919 begannen im MSzDP-Ausschuß und im Arbeiterrat die Diskussionen über die weitere Strategie. Garbai, Pogány, Varga und Böhm bestanden anfangs auf der Bildung einer reinen sozialdemokratischen Regierung, um den Forderungen der Massen nachzukommen. Garami, der diese Fraktion als »Bolschewiken hinter sozialistischer Maske« bezeichnete, wollte hingegen eine rein bürgerliche Regierung, um glaubwürdiger die kommunistische Konkurrenz bekämpfen zu bekämpfen. Da aber Garbai seinen Vorschlag letztlich mit der Begründung zurückzog, die Mehrheit (169 gegen 101 Stimmen) reiche für eine sozialdemokratische Regierung nicht aus, wurde mit 147 gegen 83 Stimmen der Vorschlag Kunfis angenommen, die Koalition fortzusetzen, aber mehr Ministerposten zu fordern. Der am 11. Januar 1919 vom Exekutivkomitee des Nationalrats zum Präsidenten berufene Graf M. Károlyi beauftragte Justizminister Dénes Berinkej mit der Regierungsneubildung.<sup>24</sup>

Während der Aktionsraum der konterrevolutionären Kräfte auch durch die MSzDP kaum beeinträchtigt wurde, entschied deren Ausschuß am 28. Januar 1919, die Gewerkschaften und Räte von Kommunisten zu säubern. Das gelang aber nur im Zentralen Arbeiterrat und in der Gewerkschaftsleitung der Metallarbeiter. Im Zentralen Soldatenrat hingegen bildete Pogány einen Ausschuß zur Bekämpfung der Konterrevolution aus Vertretern beider Arbeiterparteien.

Am 3. Februar 1919 verwüsteten 160 Polizisten die Redaktionsräume der kommunistischen Zeitung »Vörös Ujság« und beschlagnahmten alle Papiervorräte. Auf dem Sonderparteitag der MSzDP am 9. Februar 1919 forderte die Linke vergeblich eine politische Umorientierung. Angesichts der auf Ungarn vorrückenden »Truppen der Sowjetarmee« dürfe man »nicht nur die Politik der Regierung Scheidemann« sehen. In der Regierung unterstützte Justizminister Sándor Juhasz-Nagy den Plan von Polizeipräsident Károlyi Dietz, die KMP gewaltsam auszuschalten, allerdings mit dem Vorbehalt: »Wenn die Sozialdemokratische Partei die Zeit für reif hält, die Kommunisten zu zerschlagen, muß die Initiative von ihr ausgehen«, damit es nicht so aussähe, als würden die bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiter vorgehen.

Minister Garami lehnte das ab, weil er befürchtete, die Kommunisten zu Märtyrern zu machen. Als am 20. Februar 1919 Tausende Budapester vor dem Redaktionsgebäude der sozialdemokratischen Zeitung »Nepszava« die ständige Verhöhnung der Arbeitslosen verurteilten, kam es zu Schießereien – drei Zivilisten und fünf Polizisten wurden getötet, 60 Personen verletzt. Der Polizeichef wollte die Untersuchung des Vorfalls nicht abwarten, da er erkannt hatte, »daß jetzt die Gelegenheit da ist«, der kommunistischen Bewegung »den Kopf vom Rumpf abzuschlagen«.<sup>25</sup> Mit Zustimmung der Minister Böhm und Peidl wurden tags darauf 200 Personen linker Organisationen verhaftet, unter ihnen 77 führende Kommunisten. Als aber bekannt wurde, daß Parteichef Kun und andere Verhaftete gefoltert und halb tot geschlagen worden waren, forderten Arbeiter und Soldaten auf Massenkundgebungen die Untersuchung des Vorfalls. Um die Öffentlichkeit zu beruhigen, wurden die Inhaftierten in das Zentralgefängnis überführt; ihnen waren nun Kontakte nach außen erlaubt, so daß trotz der Haft ein intaktes Leitungszentrum der KMP entstehen konnte.

len, die wegen politischer Vergehen verurteilt worden sind. VIII. Der drohenden Hungersnot ist vorzubeugen. IX. Eine umfassende Agrarreform ... und entsprechende sozialpolitische Reformen sind einzuleiten. Dem Anhäufen übermäßiger Kapitalien ist entgegenzuwirken. Diese sind öffentlichen Zwecken dienstbar zu machen. X. Die neu entstandenen ukrainischen, polnischen, tschechischen südslawischen und deutsch-österreichischen Gemeinwesen sind von Ungarn anzuerkennen. XI. Es sind geeignete Vertreter ... zu betrauen, die die wahren Ziele der ungarischen Demokratie dem Ausland näher bringen. XII. Bei den allgemeinen Friedensverhandlungen ist Ungarn durch Männer zu vertreten, die rückhaltlose Anhänger der Idee der Abrüstung ... und des Völkerbundes sind.« (Zitiert nach: Michael Graf Károlyi: Gegen eine ganze Welt, S. 458 f.)

20 Die Károlyi-Regierung (bis 29. Januar 1919) bestand aus Vertretern der FP (Graf Tivadar Batthány – Inneres, Marton Lovászy – Bildung, Barna Buza – Ackerbau), der MSzDP (Ernö Garami – Handel, Szigmond Kunfi – Wohlfahrt) und der OPRP (Oszkár Jászi – Nationalitäten, Pál Szende – Finanzen, Justiz: Dénes Berinkej) sowie der parteilosen Minister Ferenc Nagy (Ernährung) und Béla Lindner (Verteidigung); er wurde am 9. November 1918 von Albert Bartha (FP) abgelöst.

21 Drei Menschen wurden getötet und 50 verletzt. Den ehemaligen Ministerpräsidenten Graf I. Tisza

erschossen Soldaten in seiner Wohnung; andere geplante Lynchmorde an weiteren verhaßten Repräsentanten des anciem regime (Militärbefehlshaber der Hauptstadt Baron Géza Lukaka-szics, Handelsminister J. Szterényi) konnte die Regierung verhindern.

22 Vgl. Holger Fischer: Oszkár Jászi und Mihály Károlyi.

23 Zitiert nach A. Siklós: Die ungarische Räterepublik, S. 133.

24 Die MSzDP erhielt die Ressorts Verteidigung (Böhm), Volkswohlfahrt (Peidel), Bildung (Kunfi) und Handel (Garami). Die bürgerlichen Parteien besaßen noch immer Schlüsselpositionen wie Inneres (Vince Nagy), Landwirtschaft (Buza, István Szabó von Nagyatádi), Finanzen (Szende), Justiz (Sándor Juhasz-Nagy); sie stellten auch die Beauftragten für die ruthenischen und deutschen Autonomiegebiete (Oreszt Szabó, János Junker).

25 Zitiert nach Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung, S. 161.

Die Mitte Februar 1919 aus dem linken FP-Flügel entstandene »Flüggetlenségi Károlyi Párt« (Károlyi – Unabhängigkeitspartei« – FKP) und die linksbürgerliche OPRP sahen in einer demokratischen Landreform die einzige Möglichkeit, Ungarns territoriale Integrität und politische Stabilität zu sichern. Das am 16. Februar 1919 verabschiedete Gesetz »Über die Bodenzuteilung an die Landarbeiter« bestimmte, den weltlichen Großgrundbesitz ab 300 ha und den Kirchenbesitz über 120 ha gegen Entschädigung an Landarbeiter und Bauern zu vergeben. Graf M. Károlyi ging am 23. Februar 1919 auf seinen Gütern in Kálkáporna mit der Aufteilung voran; aber kein einziger seiner Klassengenossen folgte seinem Beispiel. Die Dorfarmut, unterstützt durch örtliche Räte, Kommunisten und linke Sozialdemokraten, enteignete nun eigenmächtig Magnatenland. Im Komitat Somogy organisierte der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes Sándor Latinca und der Regierungsbeauftragte Hamburger bis zum 21. März 1919 die Umwandlung von 400 000 ha Großgrundbesitz in staatliche Produktionsgenossenschaften der Landarbeiter.

Auch die Rätebewegung gewann stark an Einfluß, so daß die Machtverhältnisse in Ungarn im Frühjahr 1919 als eine Art Doppelherrschaft charakterisiert werden können. Am 2. März 1919 fand in Szeged der erste Kongreß von Räteabgeordneten aus 74 Gemeinden und Städten der ungarischen Tiefebene statt. Bis Mitte März 1919 übernahmen Arbeiter- und Bauernräte in den meisten von der Entente noch nicht besetzten Komitaten zwischen Győr und Somogy im Westen und Szabolcs und Csongrád im Osten die örtliche Verwaltung. Dem Zentralen Soldatenrat in Budapest unterstanden 14 000 Mann der Garnison, 5 000 Mann der Volksmilizen, 2 000 Marinesoldaten sowie 18 000 demobilisierte Soldaten und Unteroffiziere.

Angesichts dieser veränderten Kräftekonstellation schrieb am 17. März 1919 die Regierung für den 13. April die im Oktober 1918 versprochenen Parlamentswahlen aus. Die linksbürgerlichen Radikalen (die sich als Partei aufgelöst hatten) und die Károlyisten waren nicht mehr willens, staatliche Verantwortung zu übernehmen und empfahlen ihren Wählern, für die Sozialdemokraten zu stimmen.

Aber auch im MSzDP-Ausschuß war man sich uneins. Linke und zentristische Führer wie Pogány, Hamburger, Landler Kunfi und Weltner entschieden, über den neuen Vorsitzenden der Druckergewerkschaft Ignác Bogár zum inhaftierten Kun Verbindung aufzunehmen. Der KMP-Chef stellte am 11. März 1919 Vorbedingungen für ein Zusammengehen: Errichtung einer Räterepublik, Gleichberechtigung der Nationalitäten, Volksbewaffnung und Aufbau einer Roten Armee zur Landesverteidigung, Nationalisierung der Industrie, Bergwerke, Banken und Versicherungen, des Transportwesens und des Großgrundbesitzes, Errichtung des Staatsmonopols über Außen- und Binnenhandel und Arbeiterkontrolle über Produktion und Verteilung, Trennung von Staat und Kirche. Gleichzeitig wurde für den 23. März 1919 eine Massenaktion für die Freilassung der noch immer inhaftierten kommunistischen Führer vorbereitet.

Das Weitertreiben der Revolution wurde durch äußere Ereignisse beschleunigt. Die Siegermächte Frankreich und Großbritannien, die in dieser Zeit die Hauptkräfte der Militärintervention gegen Sowjetrußland waren, wollten durch eine Besetzung Ungarns die Revolu-

tion zum Stillstand bringen und Ungarn zur Aufmarschbasis gegen Sowjetrußland aufbauen – nicht zuletzt deshalb, weil die russische und ukrainische Rote Armee von Osten her bereits in rumänisches Gebiet (Bessarabien, Bukowina) vorrückte. Der Chef der Entente-Militärmission in Budapest, Oberstleutnant Fernand Vix, überreichte der ungarischen Regierung am 20. März 1919 eine Note, in der verlangt wurde, Ostungarn von ungarischen Truppen bis einschließlich Debrecen und Szeged zu räumen. Da Premier Berinkey das nicht verantworten wollte, demissionierte er.

Am Vormittag des 21. März 1919 vertrat Verteidigungsminister Böhm vor dem erweiterten MSzDP-Ausschuß die Ansicht, daß eine sozialdemokratische Regierung nur mit Unterstützung der Kommunisten die Revolution retten könne. Da sich außerdem auf dieser Sitzung die Auffassung durchsetzte, daß angesichts der feindseligen Haltung der Westmächte nur noch ein Bündnis mit Sowjetrußland Ungarns Unabhängigkeit gewährleisten könne, plädierten nicht wenige für eine Einbeziehung des Lenin-Vertrauten Kun als Voraussetzung für eine außenpolitische Umorientierung. Nur Parteisekretär Buchinger und Peidl beharrten auf einer Fortführung der Koalition, während Garami den Kommunisten die Macht ganz überlassen wollte, damit sie sich abwirtschaften.

Als Landler die Beratung informierte, daß Kun das Angebot nur annehme, wenn der neue Leiter der Metallarbeitergewerkschaften, József Haubrich, an den Verhandlungen teilnehme, beschlossen der erweiterte Parteiausschuß und der Zentrale Gewerkschaftsrat, eine von Kommunisten unterstützte sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die rechten Führer Garami, Buchinger und Peidl (Propper fehlte) stimmten dagegen und traten zurück. Eine Kommission der MSzDP (Weltner, Pogány, Landler, Kunfi, Haubrich) vereinbarte nachmittags mit Vertretern der MKP (Kun, Vántus, Szántó, Jancsik, Chlepkó, Seidler, Rabinovič) im Zentralgefängnis die Vereinigung der 600 000 Sozialdemokraten und der 200 000 Kommunisten zur »Magyarországi Szocialista Párt« (»Ungarländische Sozialistische Partei« – MSzP) sowie die Bildung einer Räteregierung.<sup>26</sup> Auf der letzten Sitzung des Berinkey-Kabinetts erreichten Böhm und Kunfi die Freilassung der inhaftierten Kommunisten. Die Exekutivkomitees der Zentralen Räte der Arbeiter und Soldaten befürworteten die Vereinigung beider Arbeiterparteien und die Ausrufung der Ungarischen Räterepublik.

Die Ablösung der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition durch eine sozialistisch-kommunistische Räteregierung war weder das Werk des Kremls noch der KMP – sie war eine kaum voraussehbare Resultante der neuen politischen Kräftekonstellation.

### *Ein neuer Ansatz für den Übergang zum Sozialismus*

Auf der ersten Tagung des gemeinsamen Parteivorstandes in den Abendstunden des 21. März 1919 wurde der Zentrale Arbeiterrat aufgelöst, sein bisheriger Präsident Garbai übernahm den Vorsitz des Revolutionären Regierungsrates. Kun erhielt das Volkskommissariat für Äußeres, sein Stellvertreter wurde der Jurist Péter Ágoston. Alle anderen Ressorts wurden von ehemaligen Sozialdemokraten geleitet, denen je ein Kommunist als Stellvertreter beigeordnet war.<sup>27</sup>

26 Beschluß der Kommission der MSzDP und der KPM vom 21. März 1919: »Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei und die Partei der Kommunisten Ungarns haben am heutigen Tage in einer gemeinsamen Sitzung ihrer Leitungen die restlose Vereinigung der beiden Parteien beschlossen. Die vereinigte neue Partei wird, bis die revolutionäre Internationale hinsichtlich der definitiven Benennung der Partei entscheidet, folgenden Titel führen: Ungarländische Sozialistische Partei. Die Vereinigung erfolgt auf der Grundlage, daß an der Leitung der Partei und an der Regierungsgewalt die beiden Parteien gemeinsam teilnehmen. Die Partei übernimmt im Namen des Proletariats die Macht, sie wird durch die Arbeiter-Bauern- und Soldatenräte ausgeübt. Die geplanten Wahlen für die Nationalversammlung entfallen daher naturgemäß endgültig. Die Klassenarmee des Proletariats ist unverzüglich zu schaffen, und den Händen der Bourgeois sind die Waffen restlos zu entwinden. Zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats und gegen den Ententeimperialismus ist mit der russischen Sowjetregierung das vollkommenste und innigste Bündnis zu schließen.« (Zitiert nach Wilhelm Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 278; vgl. auch A. Siklós: Ungarn 1918/19, S. 204.)

27 Äußeres: Béla Kun/  
Dr. Péter Ágoston\* (MSzDP),  
Inneres – Jenő Landler\*/  
Béla Vágó, Kriegswesen –  
Dr. József Pogány\*/Tibor  
Szamuely/Béla Szántó,  
Justiz – Dr. Zoltán Ronai\*/  
Stéfan Ladai, Sozialisierung  
– Vilmos Böhm\*/Gyula

Hevesi/Antal Dovcsak\*,  
 Volksversorgung – Mór  
 Erdélyi\*/Béla Illés –  
 Dezső Bokány\*/Ernö Fiedler,  
 Finanzen – Dr. Jenő Varga\*/  
 Béla Székely, Unterricht:  
 Dr. Szigmond Kunfi\*/  
 Dr. György Lukács, Handel  
 – Mátyás Rakosi/József  
 Haubrich\*, Kollegium für  
 Ackerbau – Szigmond  
 Csizmadia\*/Károly Vántus/  
 Jenő Hamburger\*/György  
 Nyistor\*. Ernann wurden  
 politische Volkskommissäre  
 bei der Polizei und Volks-  
 wehr (Deszö Biró\*/Ernö  
 Seidler), für die Hauptstadt  
 (Sándor Vincze\*/Mór  
 Preusz\*/Deszö Dienes) und  
 für die ruthenischen und  
 deutschen Autonomiege-  
 biete. (Oszkár Szabó/  
 Henryk Kalmár).

\* zuvor Sozialdemokraten

28 Aus der Rücktrittserklärung von Graf M. Károlyi am 22. März 1919: »Die Regierung hat abgedankt. Die bisher dem Willen des Volkes entsprechend und mit Unterstützung des Proletariats regierten, haben eingesehen, daß die Verhältnisse eine neue politische Richtung erfordern. Die Produktion kann nur gesichert werden, wenn das Proletariat die Macht in die Hände nimmt. Infolge der drohenden inneren Anarchie ist auch die Außenpolitik in Gefahr. Auf der Pariser Friedenskonferenz wurde im geheimen beschlossen, fast ganz Ungarn zu besetzen. Die Entente mission gab zu verstehen, daß in Zukunft die Demarkationslinie die politische Grenze bildet. Ferner solle Ungarn Aufmarsch- und Operationsgebiet im Kampf gegen die sowjetrussischen Truppen an der rumänischen Grenze werden. Die uns geraubten Gebiete sollen der Sold für jene rumänischen Truppen

Präsident Graf M. Károlyi trat zurück, forderte aber alle Bürger auf, die Räteregierung zu unterstützen.<sup>28</sup> Im Unterschied zu Deutschland und Rußland war in Ungarn die Kardinalfrage der europäischen Nachkriegsrevolutionen – »Nationalversammlung oder Rätenebene?« – gewaltfrei entschieden worden.

Ein von der Räteregierung am 3. April 1919 erlassenes Gesetz ermöglichte erstmals in der Geschichte Ungarns die Teilnahme von Frauen und Männern ab dem 18. Lebensjahr an freien und geheimen Wahlen (etwa 4, 5 Millionen Personen im unbesetzten Gebiet der Räterepublik). Kein Wahlrecht hingegen besaßen Geistliche und Personen, die Gewinne durch Lohnarbeit erzielten. Die Wahl der örtlichen Räte fand vom 6. bis 8. April 1919 statt. Diese wiederum wählten aus ihren Reihen die Abgeordneten zum Landesrätekongreß, der vom 14. bis 24. Juni als oberste gesetzgebende Körperschaft der Republik tagte.

Dieser beschloß die Verfassung und erklärte Ungarn zur Sozialistischen Föderativen Räterepublik. Der Rätekongreß wählte ein 150köpfiges Zentrales Exekutivkomitee als oberstes Machtorgan zwischen den Rätewahlen. Er berief auf seiner ersten Sitzung das Exekutivorgan der Republik, den Revolutionären Regierungsrat mit Garbai und dessen Stellvertreter Antal Dovcsák. Volkskommissare des Äußeren und des Inneren blieben Kun und Landler. Neu besetzt wurden die Volkskommissariate für Kriegswesen (Szántó), Justiz (Ágoston), Unterrichtswesen (Pogány), Volkswohlfahrt (Antal Guth), das Armeekommando (Böhm) sowie die hauptstädtische Militärkommandantur (Haubrich) und die Rote Wache (Rakosi). Für die autonomen Gebiete der Ukrainer und der Deutschen waren Ágoston Stéfan und Henryk Kalmár zuständig. Der Oberste Volkswirtschaftsrat aus 80 Delegierten der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften, der Gewerkschaften, der Materialämter und der lokalen Wirtschaftsräte unter dem Vorsitz von Varga, Bajáki (Wirtschaft), Niesztor (Ackerbau) und Lengyel (Finanzen) lenkte die sozialökonomischen Prozesse. Das auch dem Regierungsrat unterstellte Direktorium (Kun, Kunfi, Landler, Vágó, Pogány) sollte ein einheitliches Regieren ermöglichen.

Das war vordringlich, denn auf dem ersten Parteitag der vereinten Sozialisten am 12. und 13. Juni 1919 (die 291 Delegierten vertraten über eine Million Parteimitglieder) gingen die Auffassungen über die künftige Politik auseinander. Kun bezeichnete den Sturz des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus als erste Phase des Kommunismus. Daher sollte die MSZP zur Kommunistischen Partei umbenannt werden. Wollte man angesichts der konterrevolutionären Gewalt, daß die proletarische Diktatur »möglichst human« werde, müsse »man anstreben, daß sie ... mit möglichst starker Hand ausgeübt wird.«<sup>29</sup> Sein Widerpart Kunfi entgegnete: »Wer ... die internationale soziale Revolution will, der muß alles daran setzen, um diese Insel, auf welcher Sozialismus geschaffen wurde, zu erhalten.« Solange die Revolution nicht in mehreren Staaten gesiegt habe, bedürfe es eines Übergangsprogramms, das mit »einer gemäßigteren, den Verhältnissen ... Rechnung tragenden, der Entwicklung der Konterrevolution mit vernünftigen Maßnahmen und nicht mit terroristischen Mitteln vorbeugenden Politik arbeitet.«<sup>30</sup> Er war gegen die

Namensänderung der Partei. Angenommen wurde Kuns Programm und Weltners Vorschlag, die MSzP in »Szocialista-Kommunista Munkások Magyarországi Pártja« (»Partei der Sozialistisch-Kommunistischen Arbeiter« – Sz-KMMP) umzubenennen. Auch das Gerangel um Posten in der Führungsspitze konnte durch einen Kompromiß beendet werden: Fünf ZK-Mitglieder der KMP (Kun, Vágó, Ernő Pór, Rudas,) und acht sozialdemokratische Führer (Weltner, Böhm, Garbai, Bokányi, Bajáki, Landler, Nyistor) wurden per Akklamation bestätigt. Nicht wenige linke Kommunisten lehnten die Vereinigung ab; sie begannen sich neu zu organisieren.

Die Räteregierung beschloß im März und April 1919 Gesetze, die zu sozialökonomischen und politischen Wandlungen führten. Kommunistische wie sozialdemokratische Revolutionäre erkannten, daß die Sozialisierung der Geldinstitute Voraussetzung für die Vergesellschaftung ist, denn unter »der Herrschaft des Kapitalismus sind die das Finanzkapital vertretenden Geldinstitute Eigentümer oder Geldquellen der industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen.« Mit der Verordnung vom 28. März 1919 bemächtigte sich die Räteregierung dieser Quellen, beschlagnahmte Einlagen und Kontokorrents. Jeder Kontobesitzer »durfte monatlich nur 10 Prozent der Einlage beheben, die aber den Betrag von 2 000 Kronen (Räte- und Produktionskommissare verdienten maximal 3 000, Arbeiter etwa bis 1 000 Kronen – K. H. G.) nicht übersteigen durften. Für Arbeitslöhne, Beamtengagen, Rohstoffbeschaffung waren die Einlagen unbeschränkt zu verwenden.«<sup>31</sup>

In Gemeineigentum ohne Entschädigung überführt wurden Industrie-, Bergbau-, Verkehrs- und Handelsunternehmen über 20 Beschäftigte, Banken und Versicherungen, Mittel- und Großgrundbesitz ab 57,5 ha. Eine Konfiskation des ausländischen Kapitals unterblieb im Interesse der internationalen Stellung der Republik. Besitzer von Betrieben konnten als Produktionskommissare die neuen Staatsbetriebe leiten. Sie wurden von Betriebsräten kontrolliert.

Der erste Rätekommissar für Sozialisierung bezeichnete später die sozialen Reformen der Räterepublik als »Experimente, schüchterne Versuche und bravouröse Kavallerieattacken«, deren Erfolge und Mißerfolge »zu mehr als einer methodischen Folgerung Anlaß«<sup>32</sup> geben: Die unmittelbare Verstaatlichung des Großgrundbesitzes stand im Widerspruch zu den Interessen der Millionen landhungrigen Klein- und Zwergbauern. Sie überforderte auch das von Frontalität geprägte Agrarproletariat. Selbst nach den Bauernunruhen zwischen Donau und Theiß und in Transnubien im Juni 1919 korrigierte die Räteregierung diese verfehlte Politik nicht; da seitdem die Dorfarmut nur in geringem Maße Land von Großbauern erhielt, erweiterte sich eher die »ungarische Vendee«. Während Ackerbaukommissar Hamburger behauptete, daß seine Agrarpolitik »viel zielbewußter und vorsichtiger durchgeführt wurde als bei den Russen«,<sup>33</sup> bekannte sich Jászi, der linksbürgerliche Verfechter einer demokratischen Bodenreform, zum russischem Beispiel: »Lenin hat nämlich mit echt staatsmännischer Intuition erkannt, daß es unmöglich sei, in einem Agrarstaate ... gegen den Willen des Bauernvolkes Revolution zu machen, daß man den Hunger der Besitzlosen nach

sein, mit deren Hilfe man sowjetrussische Truppen schlagen will. Ich, der provisorische Präsident der Ungarischen Volksrepublik, wende mich gegen diesen Beschluß der Pariser Friedenskonferenz und fordere die Proletarier aller Länder auf, Gerechtigkeit walten zu lassen und Hilfe zu leisten. Ich danke ab und übergebe die Macht dem Proletariat der Völker Ungarns.« (Zitiert nach András Siklós: Die ungarische Räterepublik, S. 205.)

29 Zitiert nach Wilhelm Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 487.

30 Ebenda, S. 304.

31 Ebenda, S. 389.

32 Ebenda, S. 393.

33 Ebenda.

Grundeigentum sofort und restlos befriedigen muß. ... Die Latifundien sind mit einem Wort einfach zu staatlichen Betrieben geworden, meistens unter Leitung des alten Grundherrn. Der ungarische Feudalismus kann dem ungarischen Bolschewismus ewig dankbar sein: Dieser war es, der ... den Großgrundbesitz bloß rot übermalte« und den Großgrundbesitz konservierte. Die Magnaten seien durch die Räteregierung »gerettet worden, indem diese für die Auszahlung der Arbeitslöhne, für das nötige bewegliche Kapital und für die Investitionen sorgte.«<sup>34</sup> Infolge fehlender Arbeitskräfte, unzureichender Disziplin und überhöhter Lohnzahlungen in Naturalien ging die landwirtschaftliche Produktion zurück, die Lebensmittelversorgung der Städte verschlechterte sich rapide. Als die Rätewelt im August 1919 zurücktrat, trafen die Grundherren mit Hilfe des weißen Terrors bei ihrer »neuerlichen Besitzergreifung« kaum auf Widerstand.

34 Oszkár Jászi: Magyarországnak a földesurak adóssága, S.132.

Bei der Sozialisierung von Industrie, Handel, Verkehr gelangte jedoch der »Wille der Massen zur Geltung«. Eine wichtige Rolle bei der Machtausübung spielten die Gewerkschaften, welche die »neuen Aufgaben merkwürdig schnell (bewältigten). Sie bekundeten stauenswerte Fachkenntnisse auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens.«<sup>35</sup> Das betraf die Konzentration von Betrieben in der Lebensmittelindustrie, die systematische Einführung der Typenproduktion in der Holzindustrie und den stufenweisen Abbau der Luxusindustrie. Doch der internationale Wirtschaftsboykott und der Übergang vom Akkord- zum Stundenlohn führten zum Rückgang von Produktion und Versorgung. Der erste Rätekommissar für Sozialisierung Böhm wies in seinen Erinnerungen auf das entscheidende Problem der sozialistischen Umgestaltung hin: »Die Ergreifung des Besitzes von Betrieben für das an die Macht gelangte und über Waffen verfügende Proletariat ist außerordentlich leicht. Die Besitzergreifung ist schlechthin eine Machtfrage, während die Sozialisierung eine äußerst verwickelte Reihe von Fragen der Technik, der Betriebs- und Produktionsorganisation, der Stoffzufuhr, der Verteilung der Rohstoffe und der fertigen Waren, des Handels und der Spedition darstellt. Überdies muß mit der Sozialisierung auch die Frage der Arbeitsdisziplin, der intensiven, vor allem aber der rationellen Produktion in einem vom Feind boykottierten Lande einer Lösung zugeführt werden.«<sup>36</sup>

35 Wilhelm Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 397.

36 Ebenda, S. 305.

Die Räteregierung erhöhte die Reallöhne der Arbeiter um 25 Prozent, hob die Renten der Kriegsveteranen an, dehnte die Kranken- und Unfallversicherung auf Arbeiter und Angestellte aus, gewährte bezahlten Jahresurlaub, kostenlose Gesundheitsfürsorge, den Achtstundentag, für Lehrlinge eine wöchentliche 36stündige theoretische und praktische Ausbildungszeit. Mütter bekamen sechswöchigen Wochenurlaub, Paläste, Parkanlagen und Strände der Reichen wurden für Kinderferienlager genutzt. Uneheliche Kinder wurden ehelichen gleichgestellt. Die Mieten für Kleinwohnungen wurden um 20 Prozent gesenkt. Die 100 000 in Baracken oder obdachlos lebenden Budapester erhielten ein Minimum an Räumlichkeiten in den wenig belegten Häusern und Villen der Reichen. Die Räteverfassung gewährte verfolgten Revolutionären Asylrecht.

Die beiden Bildungskommissare Kunfi und Lukács schufen Bedingungen für einen bis dahin einmaligen Aufschwung von Kultur

und Kunst.<sup>37</sup> 80 Prozent der Grund- und Mittelschulen, die der Kirche unterstanden, wurden nationalisiert. Obligatorischer Schulbesuch bis zum 14. Lebensjahr, Hochschulstudium, Museums- und Parkbesuche waren kostenlos. Lukács bestand darauf, daß sich alle künstlerischen Richtungen entfalten können, daß der Staat nicht in die Angelegenheiten von Kultur und Wissenschaften hineinreden dürfe. Zwar habe die Rätemacht alle institutionellen Mittel in Besitz genommen, die zur Verbreitung der Kultur notwendig seien. Daß Kunstschätze, Theater, Schulen, Museen im Staatsbesitz seien, »schaffe aber nur die Möglichkeit der neuen Kultur, der tatsächlichen Besitzergreifung, jener Epoche, in der alle Werte der Kultur zum inneren Besitz aller Arbeiter werden«. Denn das »Bild, das Buch, die Schule gehören nicht denen, derer tatsächlicher oder rechtmäßiger Besitz sie sind, sondern denen, die aus ihr Freude und Erbauung schöpfen können«.<sup>38</sup>

Am 25. März 1919 beschloß die Räteregierung den Aufbau einer Roten Armee. Sie erreichte im Juni 1919 einen Mannschaftsbestand von 285 000 Personen. Außenkommissar Kun nahm über Szamuely Verbindungen zu Lenin und zum Chef der Ukrainischen Räteregierung, Christian Rakovskij, auf. Doch die ukrainischen und russischen Truppen blieben am Dnestr stecken und konnten Budapest keine militärische Entlastung geben.

Auch die Versuche Garbais und Kuns, die Beziehungen zur Entente und den benachbarten Regierungen zu normalisieren, blieben erfolglos. Vielmehr entschied sich Paris für eine militärische Intervention und benutzte dafür die bürgerlichen Regierungen von Bukarest, Prag und Belgrad, denen als Kriegsbeute Siebenbürgen, Oberungarn und das Vajdaszag zugesichert wurden. Im Rahmen eines vom französischen Befehlshaber der Ententearmee koordinierten Feldzuges mit insgesamt 107 000 Soldaten drangen seit April 1919 vom Norden 40 000 Tschechen bis Pozsony (Bratislava), Miskolc, Kassa (Kosice) und Ungvar (Užgorod) vor, 35 000 Rumänen besetzten Ostungarn bis zur Theiß. 32 000 Franzosen und 38 000 Serben umschlossen die Republik vom Süden bis Arad, Szeged und Pécs. Unter dem Schutz der Besatzer formierte sich in Szeged eine konterrevolutionäre Marionettenregierung unter Vorsitz des Großgrundbesitzers Graf Gyula Károlyi (eines Stiefbruders des »roten« Grafen), mit Graf Pál Teleki (Außenminister), Horthy (Kriegsminister) und Gömbös, der eine sogenannte Nationalarmee aufbaute (5 000 Mann).

Die Rote Armee, die damals nur 50 000 Soldaten in den Kampf werfen konnte, eroberte zwei Drittel des tschechisch besetzten Oberungarn. Entsprechend den Verfassungsgrundsätzen zur Nationalitätenpolitik wurde am 16. Juni 1919 in Prešov (ungarisch: Eperjes) die Slowakische Räterepublik ausgerufen. Nur die ukrainisch besiedelten Komitate mit dem Zentrum Munkács (Mugacevo) wurden als autonomes Gebiet Ruska-Krajna an die Ungarische Räterepublik angeschlossen.

Nach diesem Erfolg forderte der französische Premier Georges Clemenceau am 13. Juni 1919 Budapest auf, Oberungarn dem Neustaat Tschechoslowakei zu übergeben, und versprach als Ausgleich die Räumung Ostungarns von rumänischen Truppen. Der Rätekon- greß unterstützte nach heftigen Debatten mehrheitlich die Positionen

37 Im Volkskommissariat für Bildung wirkten in den Direktorien für Musik, Theaterleben, Literatur, Bildende Künste und Filmproduktion u.a. die Komponisten Béla Bartók, Zoltán Kodály und Ernő Donnanyi, die Schriftsteller Béla Balázs, Dezső Kosztolányi, Dezső Szabó Zsigmond Móric und Mihály Babits, die Maler Róbert Berény und Lajos Kassák, der Filmregisseur Sándor Korda. Künstler und Schriftsteller bekamen Stipendien oder erhielten Berufungen an Universitäten und an der Akademie. Die von dem Maler Béla Uitz geleitete Werkstatt für Proletarische Bildende Kunst bildete begabte junge Arbeiter aus. 80 bekannte Maler, Graphiker und Bildhauer erhielten eine feste Anstellung als Zeichenlehrer

38 G. Lukács: Die tatsächliche Inbesitznahme der Kultur, in: Taktik und Ethik. Politische Aufsätze I. 1918-1920. Herausgegeben von J. Kammler und F. Benseler. Darmstadt und Neuwied 1975, S. 97.

39 Lenin empfahl: »Man muß Verhandlungen beginnen und führen, man muß unbedingt jede Möglichkeit wenigstens für einen vorläufigen Waffenstillstand oder Frieden ausnutzen, um dem Volk eine Atempause zu verschaffen. Trauen Sie aber der Entente nicht einen Augenblick, sie nasführt Sie und will nur Zeit gewinnen, um Sie und uns leichter erdrosseln zu können.« (W. I. Lenin: Werke, Bd. 36, Berlin 1974, S. 502.)

40 Zitiert nach W. Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 501.

41 Im Funktelegramm an Cunningham heißt es u. a.: »Den alliierten und assoziierten Regierungen wäre es sehr erwünscht, mit dem ungarischen Volk Frieden zu schließen ..., der die Verpflegung der Bevölkerung unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet. Jedoch ist es unmöglich, das Verpflegungswerk zu beginnen, bevor nicht in Ungarn eine Regierung besteht, die den Volkswillen darstellt. ... Die Regierung Béla Kuns (Regierungschef der in den wirklich ersten freien Wahlen Ungarns war nicht Kun, sondern der Sozialdemokrat Garbai, K.-H. G.) entspricht diesen Bedingungen in keiner Weise. Nicht nur, daß sie nicht das ungarische Volk repräsentiert, greift sie gegenwärtig auch eine befreundete Macht an (gemeint ist die Abwehr der rumänisch-französischen Aggression seit April 1919). Wenn Lebensmittel geliefert, die Blockade aufgehoben, der wirtschaftliche Wiederaufbau begonnen und der Friede hergestellt werden soll, muß das Volk durch eine tatsächlich repräsentative

von Armeebefehlshaber Böhm und Außenkommissar Kun, das Ultimatum anzunehmen, zumal das auch Lenin aus seinen Erfahrungen mit dem Brester Frieden empfohlen hatte.<sup>39</sup> Doch der am 28. Juni 1919 angeordnete Rückzug aus Oberungarn hatte verheerende Folgen. Die Auflösung der Armee war nicht mehr aufzuhalten, die Bevölkerung resignierte. Generalstabschef Aurél Stromfeld trat aus patriotischen Motiven zurück. Böhm demissionierte, nachdem ihm am 5. Juli 1919 Landler, Weltner, Pogány und Haubrich die Unterstützung für einen Militärputsch gegen Kun verweigert hatten. Er wurde Botschafter in Wien, Landler übernahm den Armeeeoberbefehl und Szántó das Verteidigungskommissariat.

Die Ententemächte beließen die rumänischen Truppen in Ostungarn, verschärften die Wirtschaftssanktionen und lehnten das »kommunistische Kunregime« als Verhandlungspartner ab. Die Räteregierung begann nun eine internationale politische und zugleich militärische Offensive. Die einflußreichsten Rätekommissare übernahmen die Führung von Armeekorps (Landler, Pogány, Vágó) und Regimentern (Szamuely, Lukács). Die Rätearmee forcierte am 20. Juli 1919 die Theiß, um Ostungarn von den rumänischen Besatzern zu befreien. Die Militäroperation wurde ein Desaster, vor allem weil der neue Generalstabschef Ferenc Julier die Aufmarschpläne dem französisch-rumänischen Oberkommando übergeben hatte.

Kun nutzte die unterschiedliche Haltung von Paris und London in der ungarischen Frage und entsandte am 24. Juli 1919 den Präsidenten des Budapester Arbeiterrates, Weltner, sowie Peyer zu Verhandlungen mit der Wiener Ententemission. Mit Botschafter Böhm gingen sie am 25. Juli 1919 auf die Forderung des britischen Vertreters Oberst Cunningham ein: »Kuns Kommunistenregierung ist zu entfernen, der Bolschewismus zu beseitigen.« Als Gegengabe wurde ihnen zugesagt, das Embargo gegen Ungarn aufzuheben und eine »diktatorische Regierung zu unterstützen, wenn sich folgende Männer (in ihr) befinden würden: Haubrich, Ágoston und Garami.«<sup>40</sup> Der Viererrat der Pariser Konferenz stimmte am 28. Juli 1919 diesem »Kompromiß« zu.<sup>41</sup>

Kun, der nach zwei Tagen über die Verhandlungen informiert wurde, beriet sich am 31. Juli 1919 mit den führenden Politikern der Räterepublik. Der Präsident des Budapester Arbeiterrates, Weltner, und der Budapester Militärkommandant Haubrich forderten den Rücktritt der Räteregierung, um so einer katastrophalen Niederlage zu entgehen, während Landler, Vágó, Hamburger, Pogány und Szamuely für die Fortführung des Kampfes eintraten. Erst auf der Beratung der Partei- und Staatsführung am 1. August 1919 entschieden 48 der 51 Parteiführer und Kommissare, die Räteregierung durch eine sozialdemokratische »Gewerkschaftsregierung« auszuwechseln. Da Lenin am 30. Juli 1919 mitteilte, daß ein sowjetischer Vormarsch im Osten zur Entlastung der Räterepublik nicht möglich sei, aber dennoch aufforderte, solange wie nur möglich durchzuhalten,<sup>42</sup> gaben auch Kun und Szamuely ihre Zustimmung zur Machtaufgabe.

Als Alternative sahen sie nur einen verheerenden und auch selbstmörderischen Bürgerkrieg und versuchten deshalb, die Partei in die Illegalität zu retten, möglichst vielen Revolutionären ein Weiterleben im Exil zu sichern und so von der Revolution möglichst viel zu

erhalten. Nur Varga, Lengyel und Rudas stimmten dagegen. Rónai übermittelte am Nachmittag dem Budapester Arbeiterrat die Hiobsbotschaft.

Kuns letzte Rede vor diesem Gremium war das moralische Credo eines großen Revolutionärs in einer hoffnungslosen historischen Situation: »Das Proletariat ließ nicht seine Führer, sondern sich selbst im Stich. Ich erwog, ich überlegte lange, was ich tun sollte. Kalt und ruhig muß ich es feststellen: Die Diktatur des Proletariats ist gestürzt.« Die Rätewahl hätte ein anderes Ende nehmen können, »wenn wir über selbstbewußte und revolutionäre Proletariatsmassen verfügt hätten. ... Wir opfern uns gerne, es fragt sich aber, ob das Opfer vom Standpunkt der internationalen Proletarierrevolution aus einen Sinn habe, ob es gerade in ihrem Interesse nicht nützlicher sei zu vermeiden, daß hier über Nacht ein neues Finnland entsteht.« Kun erinnert an den Sturz der finnischen Sowjetmacht 1918, wo die Konterrevolution 17 000 Menschen ermordete. Er habe immer erklärt, daß man den Sozialismus nicht von außen her erlernen könne, sondern »in ständiger Berührung mit der Realität. Jetzt sehe ich, daß wir es umsonst versucht haben, die Proletariatsmassen zu selbstbewußten Revolutionären zu erziehen. Dieses Proletariat bedarf der rücksichtslosesten, grausamen Diktatur der Bourgeoisie, um revolutionär zu werden. *Eine bittere Arbeit harret der Genossen, die es unternommen haben, diesen Übergangszustand zu Ende zu führen. Ich glaube, daß die Diktatur der Bourgeoisie sie nicht mehr schonen wird als uns, aber sie sind die Werkzeuge einer historischen Notwendigkeit.*« (Hervorhebung – K. H. G.) Gutmachen könne man in der aussichtslosen Lage nichts, »denn wenn auch unschuldig, arbeitet man doch nicht am Wohl des Proletariats, aber man kann es ehrlich machen. ... Wir ziehen uns für die Zeit des Übergangs zurück, halten die Klasseneinheit ... aufrecht, wenn nicht, so kämpfen wir auf andere Weise, um einst mit erneuter Kraft, reicher an Erfahrungen und unter besseren Umständen mit einem reiferen Proletariat einen neuen Kampf ... anzufangen.«<sup>43</sup>

Die sozialdemokratische Regierung unter Gewerkschaftsführer Peidl (unter den 12 Ministern waren fünf Rätekommissare)<sup>44</sup> setzte in ihrem Erlaß Nr. 1 »sämtliche Verordnungen der Räteregierung, aufgrund deren Grundbesitz in Gemeineigentum übernommen wurde ..., außer Kraft«.<sup>45</sup> Sie sicherte aber auch in Verhandlungen mit Wien, daß die meisten Revolutionsführer in das österreichische Exil gelangen konnten.<sup>46</sup> Entgegen den früheren Zusagen der alliierten Militärmission in Wien wurde mit britischer und französischer Hilfe die Peidl-Regierung drei Tage nach dem Einmarsch der rumänischen Besatzer in Budapest, am 6. August 1919, durch das diktatorische Regime des Industriellen István Friedrich beseitigt. Paris und London sahen im Oberkommando Horthys in Siófok, das bereits in Westungarn den Massenterror organisierte, die künftige Ordnungsmacht. Sie trugen die Hauptverantwortung für die Errichtung des faschistoiden Terrorregimes.

Die MSzDP-Führung paßte sich der neuen Lage rasch an. Auf ihrer Konferenz am 24. Oktober 1919 bezeichnete ihr neuer Parteichef Peyer in seinem Bericht die Räterepublik als »schmutziges System«, forderte die exemplarische Bestrafung der Kommunisten und eine

tive Regierung ... vertreten sein.« Zitiert nach W. Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 504.

42 Vgl. Ervin Liptei: Vengerskaja Sovetskaja Respublika, Moskva 1970, S. 161 ff.

43 Zitiert nach V. Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 522 f.; zu ähnlichen Fassungen der Rede vgl. G. Borsányi: The life, S. 202.

44 Ministerposten übernahmen Ágoston (Äußeres), Haubrich (Verteidigung) Garami (Justiz), Dovcsák (Handel), Garbai (Unterrichtswesen); Peyer (Inneres), Ferenc Miáki (Finanzen), J. Takacs (Ackerbau), F. Knittelhofer (Ernährung), I. Szabó (Volkswohlfahrt), G. Knaller (Nationalitäten).

45 Zitiert nach András Siklós: Die ungarische Räterepublik, S. 340.

46 Außenminister Ágoston erreichte in Wien, daß die öffentlich sehr bekannten Führer Kun, Landler, Varga, Pogány, Lengyel, Vágó, Madarasz, Kunfi, Bokányi, Rónai und Bajáki samt ihren Familien am 2. August 1919 nach Österreich ausreisen konnten. Szamuely, der nicht auf die Ausreiseliste aufgenommen wurde, nahm sich das Leben. Haubrich und Peyer ließen zahlreiche Funktionäre der Räteregierung verhaften. Lukács, Korvin und Hirossik blieben im Auftrag Kuns vorerst im ungarischen Untergrund.

Säuberung der Partei von den Aktivisten der Rätebewegung, um die MSzDP für eine Mitarbeit im neuen Regime salonfähig zu machen. Mit dem Segen seiner Gönner aus Paris, London und Washington konnte der 51jährige Großgrundbesitzer Horthy in voller Admiralsuniform auf einem Schimmel reitend an der Spitze seiner 24 000 Mann starken »Nationalarmee« schließlich am 16. November 1919 in Budapest einziehen und für ein Vierteljahrhundert in Ungarn ein faschistisches Terrorregime errichten. Der Schlächter der Revolution und »Reichsverweser« umgab sich mit der Aura eines »neuen Árpát« und kündigte den Kampf gegen das »Sündenbabel« der Räterepublik an. In seiner Antrittsrede bezeichnete er Budapest als eine »schuldige und sündige Stadt (a bünös város)«, die »ihre tausendjährige Geschichte verleugnet, ... die nationale Krone und die nationalen Farben in den Staub gezerrt und sich in rote Lumpen gehüllt« habe.<sup>47</sup>

47 Zitiert nach Edgar v. Schmidt-Pauli: Nikolaus Horthy. Admiral, Volksheld und Reichsverweser, Hamburg 1943, S. 163.